Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 9 (1933-1934)
Heft: 7

Artikel: Kritik und Krisis der Demokratie
Autor: Eppenberger, Max
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1065977

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KRITIK UND KRISIS DER DEMOKRATIE

Von Max Eppenberger — Illstration von H. Tomamichel

I.

Die Demokratie – man hat dabei immer und zuerst an unsere konkrete schweizerische Demokratie zu denken – hat schon lange, eigentlich seit dem Krieg, allerhand Kritik hervorgerufen. Aber all das blieb entweder im Kleinen oder dann im Theoretischen stecken. Wir haben uns wohl Gedanken über Staatsformen gemacht, als durch den Krieg in Mittel- und Osteuropa Monarchien zusammenbrachen, wir haben fast neugierige Vergleiche angestellt, als überall demokratische Ordnungen nach westlichem Muster aufkamen und alle Welt sich in diesem freilich oberflächlichen Sinne «zivilisierte». Aber all das ging uns im Grunde gar nichts an; kein Mensch konnte sich damals überhaupt vorstellen, dass auch bei uns nach einem andern System regiert werden könnte. Könige gab es in unserer Geschichte ebensowenig wie Diktatoren und Usur-

patoren aus eigener Macht; Aristokraten, kleine Schichten, die irgendwie nicht Volk waren, hatten freilich lange Zeiten hindurch geherrscht; aber das schien gerade die Unzeitgemässeste von allen Möglichkeiten. Russland war fern, uneuropäisch, Asien, und hatte schon immer Allein- und Selbstherrscher gehabt. Das Italien Mussolinis war zunächst keine erstklassige Grossmacht und schien schon deswegen kaum berufen, die politischen und geistigen Formen des europäischen Geschichtsraums zu bestimmen. Erst der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland hat uns die Augen geöffnet und grundlegende Hemmungen des politischen Denkens gebrochen. Man kann die Lage, vorbehältlich aller sachlichen Stellungnahme, ruhig dahin beschreiben, dass heute Dinge möglich erscheinen, die noch vor kurzem gar nicht einmal gedacht werden konnten. Alles nur deswegen, weil wir neue politische Möglichkeiten tatsächlich erlebt und erfahren haben in Verhältnissen, die in ihrer Art sich doch ganz anders mit den unsrigen vergleichen lassen als etwa die russischen oder auch die italienischen. Wir sehen dadurch Demokratie auch dort, wo sie heute besteht, viel kritischer als vorher in der Zeit ihrer selbstverständlichen Geltung. Sehen, dass sie vielerorts wirklich nur den Namen mit dem gemein hat, was wir selber darunter verstehen. Jedenfalls ist grundlegend Neues in das politische Denken und in die politische Wirklichkeit eingetreten. Dieses neue Prinzip eben bedeutet und bewirkt die Krisis der Demokratie, einen Zweifel und ein grundsätzliches Infragestellen, worum auch wir nicht herumkommen. Die Krisis ist entweder eine Krisis zum Ende und zum Tod oder aber eine Krisis zur Selbstbesinnung, zu neuer Macht oder wenigstens zu einem hoffnungsvollen Kampfe, da es vermessen wäre, das Ergebnis so selbstgewiss vorwegzunehmen. Auch wenn wir unsern eigenen Weg ganz klar sehen, ist die Zukunft voller Ungewissheit und kann eigentlich nur pessimistisch beurteilt werden.

Demokratie ist zunächst etwas, das sachlich beurteilt werden kann, das ein Für und Wider zulässt, eine Staatstechnik oder eine Organisationsart des politischen Lebens. Sie ist daneben auch ein Ding mit weltanschaulichen Tiefen, Hintergründen, Voraussetzungen, auch wenn heute ihre Gegner das zum Zwecke der Banalisierung und innern Entwertung zu bestreiten pflegen. Davon wird später die Rede sein. Der einfache Mensch (mit welchem die neuen politischen Bewegungen in ganz hervorragender Weise arbeiten) ebenso wie der politisch geschulte Bürger erwarten vom Staat und von den Organen des öffentlichen Lebens gewisse sachliche Leistungen, und die Kritik setzt da ein, wo diese Leistungen ausbleiben oder nicht richtig erfüllt werden. Die Kritik kann sich zur Frage verdichten, ob nicht eine andere Organisationsart bessere Ergebnisse zeitigen könnte: Wenn die politische Macht beim Parlament oder beim Volke nicht gut aufgehoben ist, dann gebe man diese Macht der Regierung e i n e r Partei oder einem Einzelnen. Es gibt viele Variationsmöglichkeiten. Bei diesen Fragen wird man genau und realistisch überlegen müssen, ob die fraglichen Leistungen von einem demokratischen Staat nach menschlicher Erfahrung überhaupt nicht erbracht werden können, oder ob es sich nur um eine korrigierbare Unzulänglichkeit handelt, oder ob in Wahrheit die Einwände gar nicht begründet sind. Im ersten Fall müsste man sich eine grundsätzliche Umstellung überlegen, im zweiten Falle könnte man es selbstredend auch, da auch eine nicht naturnotwendige Unzulänglichkeit eine Demokratie zugrunde richten kann, wenn sie konkret nicht überwunden werden kann von den beteiligten Menschen. Aber die Chancen der Demokratie sind dann doch viel besser. Man wird aber ebenso realistisch bedenken müssen, welche Möglichkeiten man durch grundlegende Umwälzungen in der Staatsform eigentlich eintauscht. Und fragen, ob nicht bessere Leistungen auf Teilgebieten durch Minderleistungen auf an-

dern Gebieten schwer erkauft werden. Aber bei all diesem vernünftigen Überlegen darf nie ausser acht bleiben, dass es letzten Endes in diesen Fragen nicht um ein Rechenexempel, um einen prosaischen kaufmännischen Voranschlag über Nützlichkeiten geht. Die Entscheidungen der Menschen fallen ganz anderswo, all dieses «technische» Denken hat bloss den Charakter von Hilfsüberlegungen.

Machen wir einige davon und schicken wir gleich voraus, dass die Geschichte von den Staaten nicht immer gleiche Leistungen verlangt. Zweifellos; aber es stimmt doch nicht, dass Demokratie ein Regime für Friedenszeiten sei und in aussenpolitischen Schwierigkeiten notwendig versagen müsse. Freilich eignen sich weder Aussenpolitik noch Kriegführung für demokratische Methoden in dem Sinn, wie mit ihnen innenpolitische Entscheidungen gefunden werden. Aber kein demokratischer Staat hat das verkannt. Wenn etwa Politik und Armee Differenzen auszutragen haben, so sind das Erscheinungen, die mit Demokratie an sich wirklich nichts zu tun haben; wenn Bismarck seinen « Militärs » mehr als einmal seinen politischen Willen aufzwingen musste, so hatte er dafür sachliche Gründe der Staatsführung; heute, wo er sicher auch politische und parteipolitische Kräfte hinter sich gebracht hätte, würde er ebenso sicher den Vorwurf unzulässiger parlamentarischer Intervention und « Schlappmacherei » einstecken müssen. Jedenfalls lässt sich im Ernst gar nicht bestreiten, dass die westlichen Demokratien sich in der äussersten Prüfung für ein Volk und einen Staat, im Kriege, zum allermindesten gerade so bewährt haben wie andere Systeme. Es liegen keine Gründe vor, das nicht auch für die Zukunft zu erwarten. Heute, wo es überhaupt nur noch Volkskriege geben kann und wo auch in der Aussenpolitik reale Masseninteressen miteinander zu tun haben, kommt überhaupt kein System darum herum, zu versuchen, für seine Handlungen das wirkliche Volk in seiner ganzen Breite und Massenhaftigkeit hinter sich zu bringen. Man kann ja sagen, die Zustimmung werde dann erzwungen. Aber es bleibt doch die Frage, warum Zustimmung, auch erzwungene, denn überhaupt gesucht wird, warum die Machthaber nicht sehr kühl darauf verzichten. Es scheint nicht, dass die modernen Diktaturen grössere Unabhängigkeit vom Massenwillen und von Massenstimmungen haben als die Demokratie.

Die Kritiker sagen, Demokratie zersetze die staatliche Ordnung und untergrabe die Autorität des Staates. Das Volk könne wohl herrschen, aber nicht sich beherrschen. Geben wir zu, dass ohne Ordnung und Autorität nicht auszukommen ist, auch wenn über Mass und Ausdruck verschiedene Meinungen bestehen können. « Preussentum » in diesem engern Sinn ist nicht jedermanns Geschmack und zu einem « guten » Leben auch des Staates erfahrungsgemäss nicht unbedingt erforderlich. Fügen wir noch bei, dass auch staatliche Ordnung nicht absolut mit Polizeiordnung gleichzusetzen ist und dass es leicht komisch wirkt, wenn die Vertreter nichtdemokratischer Systeme darauf hinweisen, dass nun die Eisenbahnen pünktlich fahren oder dass der Fabrikherr wieder ungeschoren durch ein Proletarierviertel gehen könne. Das sind Dinge, die man andernorts auch kennt und hat, und ihre Betonung stammt eher aus dem Geiste des sonst verpönten und zu überwindenden Bürgertums! Äussere Unordnung gibt es erfahrungsgemäss wirklich überall, bei den politisch Guten und Bösen. Jeder Staat besitzt das Mass von innerer Autorität, das er verdient, durch seine Leistung und sein Sein. Das hängt im Grund erstaunlich wenig von Verfassungsformen ab, viel mehr von den Menschen, relativ vielen oder auch wenigen, die in der konkreten Lage der Staat sind, über seine Geschicke bestimmen, führen. Es gibt dann beide Möglichkeiten, die Nachfolge der sog. breiten Massen, des Volkes, durch Berauschung und Begeisterung gepaart

mit simplem Befehl und Zwang oder mehr durch Appell an die Einsicht und an freien Entschluss zu erzielen. Wir haben gar keinen Grund, die Methode preiszugeben, die unserer Art entspricht, die zweite. Es gibt heute einmal Menschen, denen blinde Nachfolge nicht liegt, die im Rahmen des menschlich Möglichen an ihrem Platze mitsprechen wollen und die sich das entsprechende Können in aller Bescheidenheit auch zutrauen. Wirkliche Stärke des Staates brauchen wir auch gar nicht dort zu vermuten, wo am meisten äussere Macht angehäuft wird oder ein wahres Staatsberserkertum sich breit macht. Die notwendige Staatsautorität ruht wahrscheinlich sicherer auf einfachen politischen Instinkten eines demokratischen Volkes als auf irgendwelcher Staatsmystik, Staatsphilosophie und Führervergottung. Auch wenn es lange nicht so grossartig aussieht.

Die Finanzen sind das Blut des Staates, das ihn ernährt. Alte Erfahrung lehrt, dass die Ordnung der Finanzen den Demokratien immer besondere Mühe macht. Wir sehen das jetzt wieder bei uns oder in Frankreich. Die Schwierigkeit besteht darin, dass der Betroffene, der effektive Steuerzahler, direkt oder indirekt seiner eigenen Belastung zustimmen muss; es ist nicht immer möglich, Lasten des einen durch unbeteiligte andere beschliessen zu lassen ! Sicher ist es bedeutend leichter, neue Steuern von den Leitern des Staates selbstherrlich beschliessen zu lassen; andere uns angemessenere Methoden haben aber zu ebenso guten oder wenigstens ebenso genügenden Ergebnissen geführt, auch in finanziellen Notzeiten. Erinnern wir hier einzig an England. Ein anderes Problem bietet die Ausgabenwirtschaft des Staates. Wir leben nicht mehr in den Zeiten des « Nachtwächterstaates », der die Wirtschaft seiner Bürger Wirtschaft sein liess und sein lassen sollte, ob sie im übrigen gut oder schlecht ging, sondern im Zeitalter des entwickelten Wohlfahrtsstaates. Man wirft der Demokratie vor, sie lasse die Begehrlichkeit und gleichzeitig Kurzsichtigkeit der politisch entscheidend gewordenen Massen sich hemmungslos entfalten. Wir können die Frage bloss stellen, nicht beantworten; sie besteht zweifellos in gewissem Sinne zu Recht. Dagegen stellt sie sich in den heutigen Diktaturstaaten gleich eindringlich. Diese wollen den Staat allmächtig machen, auch zum allmächtigen Herrn der Wirtschaft; sie stützen sich auf Massenbewegung, wie kaum eine moderne Demokratie; diese Massen wollen befriedigt werden, unausweichlich. Der Unterschied wird schliesslich noch darin bestehen, dass da eine Kritik der öffentlichen Meinung nicht mehr zugelassen ist, die Finanzgebarung der neuen Staaten weit undurchsichtiger ist als in den alten Demokratien, und dass Änderungen noch weniger erreicht werden können. Ein letzter Vorwurf gegen die Demokratie in diesem Zusammenhang geht dahin, sie sei in Wirklichkeit eine Plutokratie geworden, in ihr herrschten in Tat und Wahrheit die dunkeln Mächte des Geldes und der Hochfinanz. Die Wahlen gewinne der, welcher am meisten Geld einzusetzen in der Lage sei. Die Wirklichkeit dieser Mächte zu leugnen wäre sinnlos. Der Kampf gegen sie muss geführt werden, wo immer sie zu treffen sind und, diese Einschränkung erscheint selbstverständlich, einen Einfluss begehren, der im Rahmen des Staats- und Volksganzen unzulässig erscheint. In der Demokratie treten sie frei in den politischen Kampf ein; in ebenderselben Freiheit tun es aber auch ihre Gegenkräfte. In der Diktatur besteht diese letzte Chance in keiner Weise, wenn das Regime nicht zum vornherein gegen diese Wirtschaftsmächte eingestellt ist. Die Wege der Geldmächte verlaufen in der Diktatur begreiflicherweise noch viel verborgener als in einer Demokratie. Für diese dreht sich also alles darum, dass die Möglichkeiten, die in ihr liegen, von denen, die Demokratie handhaben, auch benützt werden. Am Anfang des Kampfes zwischen Bürgertum und damals monarchischem Absolutismus stand die Erringung der Kontrolle über die Staatsfinan-

zen; wir haben keinen Grund, das Rad der Geschichte zurückzudrehen; der Absolutismus eines modernen Führers verspricht keine bessern und keine saubern Finanzen.

Das staatliche Leben ist von stärkster Bewegung ergriffen, wir leben in einem Zeitalter von Revolutionen. Den demokratischen Staaten haftet dabei unverkennbar etwas Erstarrtes oder wenigstens Beharrendes an. Gepriesen wird dagegen Aktivität, Vorwärtsstreben und Wagemut der Staaten, die zu antidemokratischen politischen Formen übergegangen sind. Man spricht gern etwa von « statischen » und von « dynamischen » Staaten. Was sollen wir davon halten ? Das Tempo der politischen Entwicklung in Deutschland hat gewiss eine beängstigende Intensität erreicht. Die Dynamik lässt nichts zu wünschen übrig. Es muss eine wahre Freude sein, zu leben ! Aber der Skeptiker stellt sich doch die Frage, wie lang das wohl dauern wird. Jeder Umschwung, jede Revolution bringt natürlicherweise viel äussere Dynamik mit sich; entscheidend aber ist doch die Dauerdynamik, die Frage, ob hier oder dort wirklich Neues im Kampfe steht und sich durchzuringen begonnen hat. Denken wir einmal daran, wie die Dinge in Italien schliesslich abgeklungen sind, und wie Mussolini sich jetzt fast etwas künstlich bemüht, wieder Bewegung in das Geschehen zu bringen. Über die wesentlichen Kräfte in der deutschen Revolution lässt sich heute von aussen noch gar nichts sagen, vielleicht in zehn Jahren etwas mehr. Was heute «Dynamik» beweist, sind zum grossen Teil einfach die bekannten « neuen Besen, die gut kehren ». Womit nichts gegen neue Besen an sich gesagt sein soll. Nur müssen wir sagen, dass diese Art von Staatsbetriebsamkeit noch keineswegs den besonders dynamischen Charakter undemokratischer Staaten zu beweisen vermag. Ebensowenig wie die Erscheinung, dass bei einem neuen Beginn nach einer Katastrophe immer eine Reihe von Problemen eigentlich spielend erledigt zu werden pflegen, die sich in ruhigen Zeiten mühsam durch die Jahre hindurchschleppen. Oder die andere Erscheinung, dass ein solcher neuer Beginn immer irgendwie auch eine geistige und seelische Erleichterung bedeutet, ohne Rücksicht auf die sachliche Bedeutung des Umschwunges. Der einfache Mensch, der betroffen ist, ohne wesentlich mitzugestalten, schöpft neue Hoffnung einzig schon aus dem Umstand, dass nun völlig neue Menschen an die Macht gekommen sind und alles mit völlig andern Mitteln zu machen versprochen haben und auch zu unternehmen sich anschicken. Über die Chancen und den Ausgang sich Gedanken zu machen, scheint ihm später noch Zeit zu sein; vorerst genügt ihm die Aussicht, dass « alles anders werden soll ».

In Wirklichkeit könnte man eher sagen, dass gerade die Demokratie die spezifisch « dynamische » Staatsorganisation sei. In ihrer Verfassung ist immer die Möglichkeit angelegt, dass neue politische Kräfte die Macht und die Verantwortung übernehmen. Ob freilich solche neuen Kräfte da sind, ist keine Verfassungsfrage mehr, sondern eine Lebensfrage. Aber jedenfalls kennen tatsächlich die modernen Demokratien einen ordnungsmässigen völligen Wechsel der Macht, den politischen Erdrutsch sozusagen (Vereinigte Staaten, England und Frankreich). Anderseits beanspruchen Diktaturen, Absolutismen schon ihrer Art nach Dauercharakter, absolute und unveränderliche Geltung, also Statik, starres Festhalten an dem erreichten neuen Zustand der Dinge. Das Volk, das einem Mann oder einer Führungsgruppe alle Macht überträgt, verzichtet endgültig darauf, später wieder andere Wege zu gehen, es sei denn durch einen neuen revolutionären Umsturz. Absolute Machthaber, die auf die erreichte Macht verzichten und sich ins Privatleben zurückziehen, kennt die Geschichte beinahe keine. Der Staat, der zur totalen Diktatur übergeht, verliert damit wesentliche politische Anpassungsfähigkeit, Elastizität. Es

gibt wahrscheinlich nur einen geschichtlichen Fall, wo dieses Setzen auf eine einzige Kraft notwendig und geboten erscheint : wenn es sich in einer bestimmten Situation tatsächlich darum handelt, dass «schöpferische» Minderheiten etwas total Neues durchsetzen müssen, wo also eine innere (nicht eine von aussen herantretende) Katastrophe im strengen Sinne des Wortes durch die Entwicklung reif geworden ist. Denn solches völlig Neue ist immer nur von solchen Minderheiten gewollt und erkämpft worden. Aber, und das ist für uns und für die sog. westlichen Staaten das Entscheidende, Umsturz ist heute nicht ihre Aufgabe; vielmehr liegt diese vorerst wesentlich im Bewahren und Verteidigen und Ausbauen des geschichtlich Erreichten.

Der kritische und sachliche Vergleich demokratischer und nichtdemokratischer Staatsmethoden und ihrer Leistungen, der sich ja auch nur auf einige Punkte des grossen Prozesses beziehen konnte, der jetzt begonnen hat, vermochte kein eindeutiges Resultat für oder wider zu liefern. Wir geben das offen zu; es wäre unklug, zu leugnen, dass wir durch sehr viel demokratische Selbstkritik hindurchgegangen sind und den naiven Glauben an die reine Vorzüglichkeit und an die selbstverständliche, vollkommene Überlegenheit der Demokratie nicht mehr haben. Doch wir lernen auch, dass sich die Demokratie, zum allermindesten auf altdemokratischem Boden, immer noch sehr wohl sehen lassen darf. Es ist in unsern Verhältnissen keine hoffnungslose und unvernünftige Sache, am demokratischen Wesen festzuhalten. Die letzte Entscheidung freilich kommt nicht aus diesen sachlichen Argumenten, sondern fällt an dem Ort, wo die Krisis der Demokratie ihren eigentlichen Sitz hat, dort, wo ideelle Einwände gegen sie erhoben werden : im Geistigen also. Davon sei später die Rede.